AUSSEN-
WIRTSCHAFT



Rezension des Buches:

MINSCH. RUEDI und PETER MOSER (2006): *Zollunion + - Alternative zum EU-Beitritt*; Zürich/Chur: Verlag Rüegger.

152 Seiten br., ISBN 3-7253-0857-8 / 978-3-7253-0857-6, CHF 38,00 / EUR 24,30 (D)

Rezensent: THOMAS A. ZIMMERMANN, Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung (SIAW-HSG), Universität St. Gallen; Alta Scuola di Economia e Relazioni Internazionali (ASERI), Università Cattolica del Sacro Cuore, Milano; Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern.*

Internet: http://www.zimmermann-thomas.ch und http://www.zimmermann-thomas.de
Kontakt: thomas@zimmermann-thomas.ch

Diese Buchbesprechung wurde veröffentlicht in: *Aussenwirtschaft (The Swiss Review of International Economic Relations)*, Bd. 62, Heft IV (Dezember 2007), S. 515–521 (ISSN 0004-8216).

* Diese Buchbesprechung gibt ausschliesslich die persönlichen Ansichten des Rezensenten wieder. Sie sind in keiner Weise den Institutionen, in denen der Rezensent tätig ist, zuzuschreiben.

MINSCH, RUEDI und PETER MOSER (2006):
Zollunion+ – Alternative zum EU-Beitritt
Verlag Rüegger, Zürich / Chur
152 Seiten, br., ISBN 3-7253-0857-8 / 978-3-7253-0857-6, CHF 38,00 / EUR 24,30 (D)

Seit der Diskussion um den EWR-Beitritt der Schweiz in den frühen 90er Jahren gehört die Evaluation integrationspolitischer Optionen sowie der jeweiligen wirtschaftlichen Implikationen zum festen Bestandteil der (aussen-)wirtschaftspolitischen Diskussion. Unlängst hat diese Diskussion erneut Auftrieb erhalten. Hierfür dürften mehrere Faktoren ursächlich gewesen sein – so etwa die Vorstellung der strategischen Orientierung der Aussenwirtschaftspolitik des Bundesrates im Aussenwirtschaftsbericht 2004, die Bemühungen um das nicht zustande gekommene Freihandelsabkommen mit den USA, die Diskussion um den Europabericht 2006 oder auch die zunehmende Aussichtslosigkeit der Doha-Verhandlungen.

Vor diesem Hintergrund haben die Professoren RUEDI MINSCH und PETER MOSER von der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur (Fachhochschule Ostschweiz) im Dezember 2006 eine Studie vorgelegt, die sich mit der integrations- und aussenwirtschaftspolitischen Option einer «Zollunion+» (ausgesprochen: «Zollunion Plus») zwischen der EU und der Schweiz auseinandersetzt. Auftraggeber der Studie ist der Think Tank AVENIR SUISSE. Der Bundesrat seinerseits hatte bisher verlauten lassen, dass aus seiner Sicht eine Zollunion nur im Rahmen eines EU-Beitritts in Frage komme.[1]

Die Autoren gehen der Frage nach, welchen Beitrag die Schaffung einer Zollunion+ zwischen der Schweiz und der EU zur Stärkung der Schweizer Wachstumsdynamik leisten könnte. Der Begriff zeigt bereits, dass es die Autoren in ihrem Konzept nicht bei einer «einfachen» Zollunion – d.h. einer Vereinheitlichung der Aussenzollsätze – belassen wollen. Vielmehr umfasst ihr Konzept weitere Elemente, die für den effektiven Wegfall der Grenzkontrollen und einen möglichst ungehinderten Warenverkehr erforderlich wären. Hierzu gehören die Übernahme des Cassis de Dijon-Prinzips (d.h. die gegenseitige Anerkennung von technischen Vorschriften, Normen und Prüfzertifikaten im EU-weit nicht-harmonisierten Bereich), der Übergang zur regionalen Erschöpfung bei geistigen Schutzrechten sowie die Beteiligung der Schweiz am EU-Mehrwertsteuersystem (einschliesslich einer Anhebung des derzeit gültigen Mehrwertsteuer-Normalsatzes von 7,6% auf den EU-weit gültigen Mindestsatz von 15%).

Nach einer Einführung befasst sich Kapitel 2 mit den Kosten der Grenze: Auf Basis einer im Jahr 2004 unter 9'000 Unternehmen durchgeführten Umfrage ermitteln die Autoren durchschnittliche Kosten der Zollformalitäten in Höhe von 0,8% des Warenertrags beim Export bzw. 1,2% des Warenaufwands beim Import. Kleinere Unternehmen sind von den Zollkosten stärker betroffen als grössere. Neben Belastungen der Unternehmen stellen die Verfasser auch Belastungen der Konsumenten fest: Wie sie am Beispiel einer Kleinsendung mit SwissPost im Wert von 100,-- Franken vorrechnen, belaufen sich alleine die Kosten für Zoll- und Mehrwertsteuerabwicklung auf mehr als 50% des Warenwertes. Die Wartezeiten am Zoll wurden von den befragten Unternehmen ebenfalls als Problem betrachtet, lagen diese beim Grenzübertritt nach Deutsch-

1 Vgl. beispielsweise die Stellungnahme des Bundesrates vom 12. März 2004 auf das Postulat 03.3636 «Zollunion mit der EU. Wachstumsförderung» von Nationalrätin SUSANNE LEUTENEGGER-OBERHOLZER.

land bei durchschnittlich 50 Minuten und beim Grenzübertritt nach Italien sogar bei durchschnittlich einer Stunde und 25 Minuten. Beim Import dauern die unproduktiven Wartezeiten sogar noch länger. Auf Basis einer Befragung von Spediteuren errechnen die Autoren, dass sich die Transportkosten bei einem Wegfall der Wartezeiten um durchschnittlich 7,4% beim Export und um 8,7% beim Import reduzieren liessen. In Relation zum Warenertrag bzw. Warenaufwand könnten sich Exporte und Importe so um rund 0,4% verbilligen. Weitere Restriktionen ergeben sich aus den begrenzten Öffnungszeiten der Grenzzollämter in Kombination mit dem Nachtfahrverbot. Der zolltechnische Sonderfall Schweiz schlägt sich auch in den Tariflisten privater Spediteure nieder: Für 50 kg schwere Sendungen aus anderen europäischen Ländern in die Schweiz werden im Durchschnitt fast 80.– Euro (ca. 130 Franken) mehr verlangt als für Sendungen in andere EU-Länder. Schliesslich stellen die Autoren Kosten im Zusammenhang mit den Ursprungsnachweisen in Höhe von durchschnittlich 0,2% des Warenwertes fest. Aus Zollformalitäten, Wartezeiten und Ursprungsnachweisen ergeben sich gesamthaft Kosten für die Unternehmen in Höhe von 1,4% des Warenertrags beim Export und 1,8% des Warenaufwands beim Import. Dies entspricht annähernd dem durchschnittlichen Meistbegünstigungszollsatz auf Industriegütereinfuhren aus Drittländern ohne Freihandelsabkommen (2,3%). Berechnungen auf Basis eines Modells von ECOPLAN ergeben, dass ein realistischer Abbau der Kostenbelastung im Rahmen einer Zollunion+ einen Wachstumseffekt von 0,66% (entsprechend ca. 3 Mrd. CHF) generieren könnte.

Unter dem provozierenden Titel «Aus dem Windschatten ins Beiboot» widmet sich Kapitel 3 der Frage, welche Implikationen die mit der Zollunion+ verbundene Aufgabe der aussenwirtschaftspolitischen Souveränität («treaty making power») hätte. Während die Autoren zwar konzedieren, dass die Schweiz im Industriegüterbereich über niedrigere Zollansätze verfügt als die EU und sie im Gegensatz zur EU auch keine fragwürdigen handelspolitischen Abwehrmassnahmen (Antidumping, Schutzklauseln und Ausgleichszölle) anwendet, legen sie den Finger auf die Wunde des wesentlich höheren Schweizer Zollschutzes bei Agrargütern. Da sich ausserdem das Netz der Schweiz an Freihandelsabkommen (FHA) mit Drittstaaten nicht wesentlich vom FHA-Netz der EU unterscheide, kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die Schweiz ihre Spielräume «in den letzten 30 Jahren nicht für eine deutlich liberalere Aussenhandelspolitik als jene der EU genutzt» habe. Auf Basis des ECOPLAN-Modells schätzen die Autoren, dass das Schweizer BIP im Gefolge der Übernahme der EU-Aussenhandelspolitik per Saldo leicht zunehmen dürfte (+ 0,2%).

Kapitel 4 widmet sich den Auswirkungen einer Zollunion+ auf den Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsbereich. Angesichts des höheren Schweizer Aussenschutzes in diesem Bereich erwarten die Autoren veränderte Spielregeln für die Nahrungsmittelindustrie. Einerseits dürfte sich der Wettbewerb auf dem Schweizer Markt durch zusätzlichen Importdruck verschärfen, wodurch die um rund einen Drittel über den EU-Preisen liegenden Schweizer Preise sinken dürften. Andererseits würden viele Unternehmen aber auch von verbesserten Absatzmöglichkeiten in der EU profitieren. In der Schweizer Landwirtschaft dürfte sich der Beschäftigungsabbau als Folge sinkender Produzentenpreise beschleunigen. Für die Nahrungsmittelindustrie ergäben sich um bis zu 45% tiefere Rohstoffbeschaffungskosten, was sich gemäss anderen Untersuchungen in Preissenkungen von 30% niederschlagen könnte. Für die Konsumenten ergäbe sich aus der Zollunion+ deshalb ein «realer Einkommenszuwachs» um 2 – 3%.

Neben detaillierten Betrachtungen für die Schokoladen- und Käseindustrie analysieren die Autoren auch die Auswirkungen auf die Landwirtschaft im engeren Sinne. Ausgehend von den grossen Differenzen zwischen der EU und der Schweiz bei verschiedenen landwirtschaftlichen Stützungsmassen rechnen die Autoren mit einem Beschäftigungsrückgang von 30% sowie mit Produktionsrückgängen. Diese fallen vor allem in jenen Sektoren hoch aus, in denen der Handelsschutz am Stärksten reduziert werden müsste, d.h. beim Getreide, gewissen Tierprodukten und beim Zucker. Als Konsequenz der Marktöffnung käme es kurzfristig zu einer Halbierung der Einkommen. Um wieder das alte Einkommensniveau pro Betrieb zu erreichen, müssten 40–45% der Betriebe aufgegeben werden. Falls dieser Prozess 10 Jahre dauern sollte, würden pro Jahr 6% der Betriebe ihre Produktion einstellen. Die Liberalisierung der Nahrungsmittelmärkte könnte – je nach Berechnungsmethode und getroffenen Annahmen – Wachstumseffekte von 0,26% bis 1,1% des BIP (Agrareffekt) auslösen.

Kapitel 5 befasst sich mit jenen Elementen der Zollunion+, die über eine klassische Zollunion hinausgehen. Hierzu gehören: Erstens die weitere Harmonisierung bei den Produktvorschriften sowie die Einführung des so genannten «Cassis de Dijon»-Prinzips. Zweitens gehen die Autoren davon aus, dass die Zollunion+ den automatischen Übergang zur regionalen Erschöpfung beim Patentschutz mit sich bringen dürfte, was angesichts eines in der Literatur diskutierten Arbitragepotenzials von 1,5–2,6 Mrd. CHF zu teilweise beträchtlichen Preissenkungen (etwa bei Medikamenten) führen könnte.[2] Drittens sehen die Autoren Wettbewerbsbeschränkungen durch Privatunternehmen, die sich in einem kleinen Markt wie der Schweiz ohne Zollunion+ eher aufrechterhalten lassen und es in- und ausländischen Unternehmen ermöglichen, die «hohe Zahlungsbereitschaft der Schweizer Konsumenten durch hohe Preise abzuschöpfen» (S. 100). Bei der Berechnung des BIP-Effektes, der sich durch eine Erhöhung des Wettbewerbs im Gefolge der Zollunion+ ergibt, beschränken sich die Autoren auf die Kostenersparnisse durch die vereinfachte Produktzulassung, da sich die Verhaltensänderungen der Unternehmen nur schwierig vorhersagen lassen. Die Autoren gehen hier von einem BIP-Effekt von 0,2% aus – verbunden mit dem Hinweis, dass dieser Wert den «Wettbewerbseffekt» wohl deutlich unterschätzen dürfte.

Kapitel 6 widmet sich anschliessend einem nicht nur (aussen-)wirtschaftspolitisch sondern auch steuerpolitisch interessanten Aspekt der Zollunion+: Da die EU vor einem Abbau ihrer Grenzkontrollen zur Schweiz wohl auf einer Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes in der Schweiz von derzeit 7,6% auf den EU-weit harmonisierten Mindeststeuersatz von 15% bestehen dürfte, untersuchen die Autoren, wie diese erhebliche Steuererhöhung durch die Reduktion anderer Steuern kompensiert werden könnte. Sofern nicht ein Teil des Steueranstiegs ohnehin für das Schliessen von Finanzierungslücken in den Sozialwerken (AHV und IV) benötigt würde, schlagen die Autoren einen Abbau bei den direkten Steuern vor. Vor dem Hintergrund des im internationalen Vergleich ohnehin niedrigen Anteils der indirekten Steuern am gesamten Steueraufkommen sowie angesichts der negativen Anreizeffekte der direkten Steuern auf das Arbeitsangebot, könnte ein solcher Schritt die steuerpolitischen Reformanstrengungen unterstützen und zusätzliches Wachstum generieren. Die Autoren analysieren zwei Steuerreformszenarien genauer: Eine «Steuerreform I», bei der die eidgenössische und die

2 Allerdings könnten diesen Einsparungen gewisse Verteuerungen in den Bereichen des Marken- und Urheberrechts entgegenstehen, da hier die Schweiz von der derzeit praktizierten, liberaleren internationalen Erschöpfung auf die regionale Erschöpfung zurückbuchstabieren müsste.

kantonale Einkommensteuer gesenkt würden (Senkung des marginalen Steuersatzes um 1,5% und Senkung des Durchschnittsteuersatzes um 5%) sowie eine «Steuerreform II», bei der die Sozialabgaben um rund 5% linear reduziert würden. Auf Grund der unterschiedlichen Umverteilungswirkungen und Arbeitsanreize der beiden Reformansätze prognostizieren die Autoren im Fall der Steuerreform I einen zusätzlichen Wachstumsbeitrag von 1,59% während der BIP-Effekt der Steuerreform II mit – 0,25% hingegen leicht negativ ist.

In Kapitel 7 fassen die Autoren die Hauptergebnisse ihrer Studie zusammen. Die fünf berechneten Einzeleffekte führen – abhängig vom gewählten Modell der Steuerreform – zu einem aggregierten BIP-Wachstumseffekt von 1,24% (Steuerreform II) bzw. 3,12% (Steuerreform I). Auf Basis der Zahlen von 2005 entspräche dies einem ansehnlichen BIP-Anstieg von 5,6 Mia. CHF bzw. 14,2 Mia. CHF (vgl. Tabelle).

Tabelle: BIP-Effekte der Zollunion+

Einzeleffekte der Zollunion+	**Auswirkungen auf das CH-BIP**
Grenzeffekt	+ 0,66 % des BIP
Übernahme der EU-Aussenhandelspolitik	+ 0,24 % des BIP
Agrareffekt	+ 0,26 % bis +1,1 % des BIP
Wettbewerbseffekt	+ 0,2 % des BIP
Steuerreformeffekt	+ 1,59 % des BIP bei Steuerreform I / – 0,25 % des BIP bei Steuerreform II

Die Darstellung schliesst mit einer kurzen Bewertung verschiedener integrationspolitischer Optionen. Im Vergleich zu einem EU-Beitritt sehen die Autoren in der Zollunion+ die ökonomisch überlegene Option: Zwar beinhaltet sie keine Liberalisierung im Dienstleistungsbereich, doch erfordert sie auch keinen Beitritt zur Währungsunion, womit der bestehende Zinsvorteil zum Euroraum erhalten bleiben dürfte. Politisch lassen die Autoren offen, welche Option für die Schweiz besser wäre. Beide Optionen – Zollunion+ und Vollbeitritt – führten zu Souveränitätseinbussen; im Fall des Beitritts, wo diese Einbussen grösser sein dürften, erhielte die Schweiz im Gegenzug Mitspracherechte in den Institutionen.

Unter dem etwas missverständlichen Titel «Was lässt sich im Alleingang verwirklichen?» stellen die Autoren Verbesserungen vor, die auch ohne eine Zollunion+ realisierbar wären. Hierzu gehören: Erstens Vereinfachungen bei den Zollabwicklungsverfahren, mit den Nachbarländern vereinbarte Ausdehnungen der Zollöffnungszeiten, die Synchronisierung der elektronischen Abwicklung der Zollformalitäten mit der EU («e-customs») und der Übergang der Schweiz zu den international üblichen Wertzöllen; zweitens das derzeit diskutierte Freihandelsabkommen mit der EU im Agrarbereich; drittens die (möglichst reziproke) Einführung des Cassis de Dijon-Prinzips im Handel mit der EU; viertens die regionale oder internationale Erschöpfung bei Produkten mit Patentschutz. Auch anerkennen die Autoren, dass die Schweiz ohne eine Zollunion+ weiterhin Möglichkeiten für eine liberalere Politik behält – etwa um sich, wie von HUMMLER (2005) gefordert, als «globalen City State» zu positionieren. Unter Hinweis auf das nicht zustande gekommene FHA Schweiz-USA sprechen die Autoren der Schweiz jedoch derzeit eine ausreichende politische Unterstützung für eine solche Liberalisierungsstrategie ab.

Demgegenüber werden die Realisierungschancen der Zollunion+ auf Grund der Gewinne bei verschiedenen Gruppen als höher eingestuft.

Es ist den Autoren gelungen, eine ebenso gut lesbare wie fundierte Darstellung der wirtschaftlichen Vor- und Nachteile einer Zollunion+ zwischen der Schweiz und der EU zu erstellen. Die Kombination verschiedener methodischer Ansätze – schriftliche Befragung von Unternehmen, Interviews, Fallstudien, Modellrechnungen und Analysen von Sekundärliteratur – sowie deren transparente Darstellung verleihen den Studienergebnissen ein breites Fundament und auch intuitive Nachvollziehbarkeit. Die diskutierten Wettbewerbshindernisse und Lösungsansätze sind zwar weder sonderlich neu, noch sonderlich originell. Dennoch ist es das Verdienst der Autoren, die einzelnen Lösungsansätze im Zusammenhang darzustellen, die einzelnen Effekte zu quantifizieren und hieraus ein schlüssiges aussenwirtschaftspolitisches Alternativkonzept abzuleiten.

In einzelnen Punkten hätte man sich indessen eine etwas weitergehende Diskussion gewünscht. Beispielhaft sei der Vergleich der von der EU bzw. der EFTA/Schweiz unterhaltenen Freihandelsabkommen (FHA) mit Drittstaaten genannt. Hier bleibt etwa ungeklärt, ob die weitgehend vergleichbaren FHA den exportierenden Unternehmen in den beiden Wirtschaftsräumen auch einen gleichwertigen Nutzen stiften. Die implizite Annahme, dass dies der Fall sei, darf auf Grund der Ursprungsproblematik zumindest hinterfragt werden: Exporteure in EU-Ländern können auf Grund des unvergleichbar grösseren EU-Vorleistungsmarktes die Ursprungsregeln eines FHA EU-Mexiko möglicherweise leichter erfüllen als Schweizer Exporteure, die sich unter dem FHA EFTA-Mexiko auf Vorleistungen aus dem kleinen und wirtschaftlich kaum verflochtenen EFTA-Raum (sowie aus Mexiko selbst) fokussieren müssen. Zur Klärung dieser Hypothese wären allerdings weitergehende Analysen der einzelnen FHA und deren Ursprungsregeln sowie Angaben zur Nutzung der FHA durch die Wirtschaft in der Schweiz und in der EU erforderlich.

Eine weitergehende Diskussion erfordert wohl auch die Aussage, wonach einzelne Verbesserungen gegenüber der EU auch autonom und ausserhalb einer Zollunion+ erzielt werden könnten (S. 123f). Zumindest gälte es hier, die Vorgaben des WTO-Rechts zu beachten. Ob die patentrechtliche Erschöpfung und das Cassis de Dijon-Prinzip autonom und exklusiv für Einfuhren aus der EU sowie ausserhalb eines breiteren Rahmens eingeführt werden könnten, ist eine offene Frage.

Aus heutiger Sicht (November 2007) dürften zudem die Aussagen der Studie in einzelnen Bereichen etwas überholt sein: Der starke Anstieg der Weltmarktpreise für bestimmte Agrargüter seit 2002 (z.B. Getreide und Milchprodukte) sowie die jüngste Abschwächung des Frankens gegenüber dem Euro dürften zu geringeren Anpassungskosten für die Landwirtschaft führen, was die politische Realisierbarkeit der Zollunion+ erhöhen könnte. Ein weiteres Element, welches aus heutiger Sicht zugunsten der Zollunion+ in die Diskussion eingebracht werden könnte, sind die neuen, sicherheitspolitisch motivierten Bestrebungen der EU zur Grenzsicherung (so genannte 24-Stunden-Regel), welche ein Potenzial für Störungen des Handels aufweisen. Umgekehrt deuten jüngere Entwicklungen im Bereich der FHA (Abschluss der EFTA-Verhandlungen mit Kanada, Aufnahme von Verhandlungen der Schweiz mit Japan, bilaterale Freihandelsiniatiative gegenüber China) darauf hin, dass die Spielräume, welche die aussenwirtschaftspolitische Souveränität bietet, stärker für eine von der EU-Linie abweichende FHA-Politik genutzt werden.

Ein grundsätzlicher Kritikpunkt an der Arbeit betrifft die nur rudimentäre Diskussion der politischen Realisierbarkeit des Konzepts. Die Autoren sprechen etwa die zentrale Frage der Verteilungswirkungen der Zollunion+ zwar an einigen Stellen an (z.B. im letzten Abschnitt auf S. 124), doch fehlt eine fundamentale Auseinandersetzung mit den innenpolitischen Realisierungschancen. Im Vergleich zur Zollunion+ dürfte der Status Quo insbesondere politisch stark unterstützten Sektoren wie der Landwirtschaft, der Pharmaindustrie und dem binnenorientierten Gewerbe zu Gute kommen.

Weiter lassen die Autoren die integrationspolitische Landschaft weitgehend ausser Acht. Diesbezüglich liegt der Vorschlag einer Zollunion+ völlig quer, denn selten war das öffentliche Klima von einer grösseren Abneigung gegenüber einer engeren Integration mit der EU geprägt als heute. Der europapolitische Diskurs wird von Kreisen dominiert, die eine stärkere Anbindung an die EU ablehnen. Entsprechend gering ist momentan die Bereitschaft zur Diskussion von Integrationsprojekten auf politischer Ebene. Dies gilt umso mehr bei Vorhaben, die mit Souveränitätseinbussen verbunden sind. Gerade die allfällige Anpassung der schweizerischen Mehrwertsteuer an den höheren EU-Mindestsatz böte den Gegnern einer Zollunion+ eine Steilvorlage und könnte zu einer starken Links-Rechts-Koalition dagegen führen – ungeachtet der möglichen ökonomischen Vorteile der damit verbundenen Steuerreform und der Tatsache, dass die Schweiz wohlgemerkt auch ohne Zollunion+ immer öfter EU-Recht autonom nachvollziehen muss, wenn die politisch kaum umstrittene Einbindung der Schweizer Wirtschaft in Europa erhalten bleiben soll.

Im Sinne dieser Momentaufnahme kommt schliesslich noch hinzu, dass eine Zollunion+ nur im Rahmen von Verhandlungen mit der EU errichtet werden könnte. Da die Schweiz angesichts des Drucks aus Brüssel auf eine Anpassung gewisser kantonaler Steuerregime derzeit wenig erpicht ist, in der Rolle des Demandeurs in Brüssel aufzutreten, ist mit entsprechenden Verhandlungen mittelfristig kaum zu rechnen (siehe hierzu auch KAPPELER 2006 in Reaktion auf die Veröffentlichung der Studie). Wohl nicht zuletzt angesichts dieser Steuerkontroverse hat auch die Wirtschaft derzeit nur einen «gezügelten Appetit auf ‹mehr Europa›», wie die NZZ im Hinblick auf ein jüngst publiziertes Positionspapier des Wirtschaftsdachverbandes ECONOMIESUISSE (2007) zur Europapolitik titelte. Gemäss diesem Papier drängt sich «abgesehen von Einzelfällen … eine Vertiefung der Beziehungen durch neue Abkommen nicht auf.» (S. 1).

All diese Punkte und Wortmeldungen ändern indessen nichts daran, dass die Studie real existierende Wettbewerbshindernisse und Verbesserungsmöglichkeiten für den Wirtschaftsverkehr Schweiz-EU überzeugend aufzeigt. In einer Zeit, in der bereits die Diskussion integrationspolitischer Optionen – von einer Vision kann selbst bei einer Zollunion+ beim besten Willen nicht gesprochen werden – auf politischer Ebene nahezu tabuisiert ist, kommt den Autoren zudem das Verdienst zu, die Diskussion neu lanciert zu haben.

*Thomas A. Zimmermann**
Universität St. Gallen (SIAW-HSG);
Università Cattolica del Sacro Cuore (ASERI), Mailand;
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern.

* Diese Buchbesprechung gibt ausschliesslich die persönlichen Ansichten des Rezensenten wieder. Sie sind in keiner Weise den Institutionen, in denen der Rezensent tätig ist, zuzuschreiben.

Zitierte Quellen:

ECONOMIESUISSE (2007), *Beziehungen Schweiz-EU und künftige Herausforderungen,* dossierpolitik, 29. Oktober 2007.

HUMMLER, KONRAD (2005), *Die Schweiz braucht einen Turnaround – Global orientierter City-State statt Annäherung an die EU,* in: Neue Zürcher Zeitung, 7.Juni 2005, S. 15.

KAPPELER, BEAT (2006), *Zollunion mit der EU ist keine gute Idee,* in: NZZ am Sonntag, 10. Dezember 2006, S. 43.

NZZ (2007): *Gezügelter Appetit auf «mehr Europa»,* in: Neue Zürcher Zeitung, 30. Oktober 2007, S. 23.